

Güggerüggü

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

Ich freue mich jedes Mal wie ein Kind, wenn irgendwo ein kleiner David einen Riesen Goliath besiegt. Diesmal geschah es gar im Thurgau. Die riesenschwere Kampagne für die Flat Rate Tax hat ihr Ziel verfehlt. Trotz vergleichsweise kleinem, „davidschem“ Budget haben wir, hat die Steuergerechtigkeit gesiegt. In den Schoss fiel uns der Sieg allerdings nicht. Auftritte an mancher Podiumsveranstaltung und im Tele-D, zahlreiche ausgezeichnete Leserbriefe, das Verteilen von Tausenden von Flyern in die Briefkästen, grosszügige Spenden, für all diese Unterstützung danke ich meinem Co-Präsidium sowie den vielen Helfern aufrichtig. David war wohl auch deshalb so stark, weil er sich von Gott und von seinem Volk gestützt wusste.

Aktuell wirft das Minarettverbot hohe Wellen. Persönlich hoffe ich sehr, dass die widerlichen Plakate der SVP kontraproduktiv wirken.

Nun wünsche ich Ihnen eine besinnliche, fröhliche Advents- und Weihnachtszeit und Gottes Segen für das Neue Jahr. Ihre Treue wird uns helfen, auch im 2010 auf der politischen Bühne für die christlichen Werte einzustehen. Danke auch für den Abo-Beitrag von Fr. 15, welcher gerne aufgerundet werden darf!



Regula Streckeisen,
Kantonalpräsidentin,
Kantonsrätin,
regula.streckeisen@
evp-thurgau.ch

De Güggel... hät es Ei gleit.

Leitartikel

Erneuerbare Energien jetzt fördern

Sie verfolgen uns seit Jahren, die Schlagzeilen zum Klimawandel, zur Erdölknappheit und zur befürchteten Stromlücke durch das Abschalten der alten Atomkraftwerke. Höchste Zeit, auf wirklich erneuerbare Energieformen zu setzen. Die Verantwortung im Umgang mit der Schöpfung und die Nachhaltigkeit für die zukünftigen Generationen sind zwei christliche Werten, welche die EVP als sehr wichtig erachtet. Und es eilt: „Die konsequente Umsetzung muss jetzt beginnen, sonst laufen wir Gefahr, dass hohe Energiepreise oder Versorgungs-lücken unsere Wohlfahrt und unsere Wirtschaft empfindlich treffen.“ (Schwerpunkteprogramm der EVP Schweiz 2006)

Der Kanton Thurgau ist in der Richtung von Energieeffizienz und Bereich Wärme liegt der Schwerpunkt Gebäude und beim Stromtaik (Solarzellen). Daneben wer-Geothermie, Holzfeuerungen und werke sowie Sonnenkollektoren für fohlen. Für all das gibt der Kanton Investitionen von rund 100 Mio. Fran-ge für Solarzellen. Die dafür vorgesehenen 3 Mio. Franken waren Anfang Oktober bereits aufgebraucht.

Wenn also das besser isolierte Haus nur noch halb so viel Heizöl verbraucht, fliesst nur halb so viel Geld zu den Erdölförderländern. Die andere Hälfte haben wir dem einheimischen Bauhandwerker für seine Arbeit gegeben. Das Geld bleibt also bei uns und schafft viele zusätzliche Arbeitsplätze in der Schweiz.

Diesen Effekt wollen die beiden Energieinitiativen noch verstärken. Der Energiefonds soll auf 20 – 30 Mio. jährlich verdoppelt werden. „Der Fonds wird durch Erträge aus Beteiligungen an Energiegesellschaften und allgemeine Staatsmittel geäufnet.“ So heisst es wörtlich in der Gesetzesinitiative. Anders ausgedrückt: Die Dividende der AXPO an die EKT soll neu diesem Förderprogramm zufließen. So werden mit der Rendite der Atomkraftwerke auch Solarstromanlagen auf Hausdächern ermöglicht! Das ist aus EVP-Sicht viel sinnvoller als den Strom für alle zu verbilligen, denn das wäre ein Anreiz zur Energieverschwendung!

Helfen Sie mit Unterschriften zu sammeln. Hinweise finden Sie auf Seite 4, auch zur aktuellen Situation der Erdölreserven.

Jörg Altorfer, Bezirkspräsident EVP Diessenhofen



Schweiz führend bei der Förderung erneuerbaren Energien. Im punkt in der besseren Isolierung in der Förderung der Photovol-den auch Wärmepumpen und Biogasanlagen, kleine Wasserkraft-Warmwasser unterstützt oder emp-2009 16,4 Mio. Franken aus und löst so ken aus. Sehr beliebt sind Förderbeiträge.

Unter Strom

Eidgenössische Volksinitiative „Gegen den Bau von Minaretten“



Minarettverbot verhindert Parallelgesellschaften nicht

Für die EVP ist die Minarettinitiative das falsche Mittel, um die muslimische Bevölkerung auf unsere Grundwerte zu verpflichten. Vielmehr sollen sich die muslimischen Organisationen zur Religionsfreiheit und zur Bundesverfassung bekennen müssen.

Die EVP will keine Minarette und begrüsst auch nicht eine Ausbreitung des Islams in der Schweiz. Mit dem Minarettverbot diskriminieren wir jedoch die Muslime im Vergleich zu anderen Religionsgemeinschaften. Die EVP fordert dagegen einen neuen Religionsartikel in der Verfassung. Er soll gewährleisten, dass alle ihre Religion frei wählen, ungehindert ausüben, aber auch wechseln können. Er müsste auch die vorherrschende christliche Grundkultur unseres Landes zum Ausdruck bringen.

Es gibt gute Gründe, weshalb die EVP der Minarettinitiative nicht zustimmt:

- **Bauvorschriften gehören nicht in die Verfassung.** Zuständig sind die kommunalen Baubehörden.

- **Die Initiative löst kein Problem, spielt aber mit dem Feuer,** wie die Plakatkampagne zeigt. Durch Provokationen kann man leicht ausgrenzen und radikalisieren.

- Ausgrenzung führt zur **Bildung von Parallelgesellschaften.**

Mit der Integration von Muslimen haben wir eine Aufgabe zu lösen. Stärke zeigen wir, wenn wir

- die **Rechtsordnung durchsetzen:** Gewaltaufrufe, Zwangsheirat, Mädchenbeschneidung, Unterdrückung der Frau oder gar die Anwendung der Scharia werden nicht toleriert.

- **Grundwerte einfordern:** Muslime in der Schweiz und ihre Organisationen müssen sich öffentlich zur Religionsfreiheit bekennen und anerkennen, dass diese auch für Muslime und Musliminnen gilt, die zu einer anderen Religion übertreten wollen.

- **Integrationsziele vereinbaren:** Zu einem Integrationsvertrag gehören obligatorische Sprachkurse, in denen auch über die ethischen Grundwerte, Rechte und Pflichten in der Schweiz informiert wird.

- **der Schule den Rücken stärken:** Elternabende und Elterngespräche,

Schwimmunterricht und Klassenlager sind für alle obligatorisch.

- **muslimische Geistliche im Auge behalten:** Muslimische Geistliche müssen eine Landessprache beherrschen. Rituelle Handlungen sämtlicher Religionsgemeinschaften haben in einer Landessprache oder zweisprachig zu erfolgen.

- **unseren Glauben und unsere christlich-abendländische Kultur leben:**

Ein überzeugend gelebtes Christsein, das mutig auf andere zugeht, um sie zu gewinnen.

gekürzter Artikel von Nik Hari, Leiter Kommunikation, EVP Schweiz

Fünf Statements zum Thema:

Die Religionsfreiheit ist ein hohes Gut, das wir verteidigen müssen. Minarette stehen aber für einen Machtanspruch und für einen offensiven Islam, der die Grundwerte unserer Verfassung untergraben will. Deshalb ein „Ja“ zur Minarettinitiative. Ich begrüsse eine umfassendere Diskussion über Werte und ihre Grundlagen, die nicht auf „Pro oder Contra Minarette“ beschränkt bleibt.



Johann Alberts,
Prediger,
Chrischona
Gemeinde,
Romanshorn

Besinnen wir uns zuerst auf die Werte, wie sie in unserer Verfassung stehen. Danach gilt es, detaillierte Lösungen zu finden, die den Frieden in unserem Land gewähren. Diese Initiative bringt uns nur in den Schützengraben und nicht weiter.



Thomas Leuch,
EVP Präsident
Kreuzlingen,
Gemeinderat

Ein Minarettverbot ist das falsche Mittel, um sich gegen die drohende Islamisierung zu stellen. Viel wirksamer scheint mir das mutige Einstehen für christliche Werte in Wort und Tat. Mit strengen baulichen Vorschriften kann der allfällige Neubau von Minaretten sicher minimal gehalten werden. Gleichzeitig müssen wir uns noch mehr für die bedrängten und verfolgten Christen in den islamischen Ländern einsetzen.



**Susanna
Brüscheiler-Büchi,**
EVP Gemeinderätin,
Weinfelden

Löst die Minarett-Initiative ein Problem oder schafft sie neue Probleme? Vielleicht hilft das Verbot solcher „Leuchttürme“ optisch, aber sonst bewirkt es genau das Gegenteil – eine verstärkte Radikalisierung und Abgrenzung. Authentisch Christ sein, eigene Überzeugungen mutig vertreten und auf Fremde mit einem offenen Herzen zugehen, dann sind solche Türme keine Gefahr.



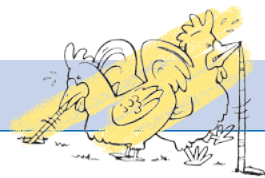
Stefan Eggimann,
jev, Parteivorstand
EVP Frauenfeld

Zur Ausübung ihres Glaubens benötigen die Moslems kein Minarett. Das Minarett ist ein Machtsymbol des Islams. So war das erste Minarett der Kirchturm einer zerstörten Kirche. Deshalb befürworte ich die Minarettverbots-Initiative. Das Ja bedeutet keine Einschränkung der Religionsfreiheit, sondern ein Nein zur weiteren Ausbreitung eines neuzeitlichen Islams in der Schweiz.



Thomas Schäfli,
Präsident EVP
Bezirk Kreuzlingen

*zusammengestellt von
doris.guenther@evp-thurgau.ch*



Stimmfreigabe zur Kriegsmaterialinitiative

Die Volksinitiative „Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten“ will die Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial verbieten. Ausgenommen sind Geräte zur humanitären Entminung sowie Sport- und Jagdwaffen. Ausbildungseinsätze der Armee im Ausland sind weiterhin möglich.

Im Jahr 2008 führte die Schweiz Kriegsmaterial im Wert von 722 Mio. Franken aus, was einem Anteil von 0,35% am gesamten Warenexport entsprach. Verzichten wir darauf, bleiben die wirtschaftlichen Auswirkungen moderat. Weil die Rüstungsindustrie aber geografisch konzentriert ist, soll der Bund während 10 Jahren jene Regionen unterstützen, die vom Exportverbot betroffen sind.

Die Befürworter führen ins Feld, dass die Schweizer Waffenexporte auch an kriegführende Staaten geraten. Durch die zehnjährige Unterstützungspflicht des Bundes sei eine Umstellung der Rüstungsbetriebe auf zivile Produkte und damit der Erhalt der Arbeitsplätze möglich. Die Schweiz setze ein Zeichen für eine friedlichere Welt, ihr humanitäres Engagement werde in seiner Glaubwürdigkeit gestärkt. Dem halten die Gegner entgegen, dass die Ausfuhr von Kriegsmaterial bereits heute im Kriegsmaterialgesetz und im Güterkontrollgesetz streng geregelt sei. Eine komplette Umstellung auf zivile Produkte sei nicht möglich, es drohe ein Verlust von Arbeitsplätzen. Unsere Rüstungsindustrie könne von inländischen Aufträgen nicht überleben. Damit werde die Schweiz wehrtechnisch vom Ausland abhängig.

Die Delegiertenversammlung der EVP Schweiz war exakt gespalten: 32 stimmten für, 32 gegen die Initiative. So beschloss man Stimmfreigabe. Unbestritten war jedoch, dass das geltende Gesetz konsequenter anzuwenden ist: EVP-Nationalrat Walter Donzé nahm diesen Auftrag entgegen und reichte in der Herbstsession eine entsprechende Motion ein.

niklaus.hari@evppev.ch
Leiter Kommunikation EVP CH

Neue Bezirke und neue Strafprozessordnung

Warum so viel Aufwand für neue Bezirksgrenzen?, das mögen Sie sich vielleicht fragen. Auslöser ist die neue Strafprozessordnung, welche der Bund beschlossen hat und die Kantone auf den 1.1.2011 umsetzen müssen. Sie schreibt vor, dass an Stelle von Statthaltern und Untersuchungsrichtern neu Staatsanwälte die Strafverfolgung einleiten und durchführen. Die Staatsanwälte arbeiten unabhängig von den Bezirken, sind den bestehenden drei Polizeiregionen zugeteilt und werden von einem Generalstaatsanwalt geführt. Damit werden die bisherigen Bezirksamter aufgehoben, die Bezirke verlieren eine wichtige Aufgabe. Sie sind neu nur noch Sitz des Bezirksgerichtes und Zivilstandamtes sowie Wahlkreis für die Grossratswahlen. Weil die Staatsanwälte mehr Kompetenzen haben als bisher die Statthalter, wird die Geschäftslast der Bezirksgerichte kleiner. Deshalb muss ihre Zahl zwingend verkleinert werden. Regierung und Grosser Rat haben sich mit überwiegender Mehrheit auf fünf Bezirke geeinigt.

Am Untersee und Rhein allerdings ist man enttäuscht. Eine Mehrheit wünscht sich dort eine Fusion der Bezirke Diessenhofen und Steckborn zu einem 6. Bezirk. Aber dieser Plan geht deshalb nicht auf, weil die Gemeinden Müllheim, Pfy, Hüttwilen, Herdern und Homburg den klaren Willen äusserten, dass sie neu zum Bezirk Frauenfeld gehören wollen. Der Restbezirk Steckborn ist auch zusammen mit Diessenhofen zu klein als Wahlkreis, denn seine Bevölkerungszahl ergäbe nur 9 Mandate für den Grossen Rat. Das Bundesgericht hat aber entschieden, dass ein Wahlkreis mindestens 10 Mandate anbieten muss, damit kleinere Parteien nicht zu sehr benachteiligt werden. Zudem wäre ihr Bezirksgericht klar unterbelastet. Der Entscheid für fünf Bezirke ist somit vernünftig. Fünf Bezirksgerichte erlauben zudem, die allseits geschätzte Tradition der Laienrichter weiterzuführen. Laienrichter können nur sinnvoll eingesetzt werden, wenn die Geschäftslast eines Bezirksgerichtes gross genug ist. Ansonsten haben sie einen zu kleinen Erfahrungsschatz. Weitere Informationen finden Sie auf www.5bezirke-ja.ch



Die Fraktion EVP/EDU empfiehlt Ihnen einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.

Regula Streckisen

Keine Subventionen für die Luftfahrt

Im internationalen Flugverkehr dürfen die Treibstoffe auch in Zukunft nicht besteuert werden. Auf Inlandflügen wird jedoch bereits heute eine Kerosinsteuer erhoben, die in die Bundeskasse fliesst und teilweise dem Sonderkässeli „Spezialfinanzierung Strassenverkehr“ gutgeschrieben wird. Diese 44 Millionen Franken sollen künftig für Umwelt- und Sicherheitsmassnahmen in der Luftfahrt verwendet werden. Diesem Grundsatz „Steuern der Autofahrer für die Strasse, Steuern der Fliegerei für den Flugverkehr“ könnte auch ich zustimmen.

Doch mit den Details beginnen die Probleme: Der Nationalrat setzte nämlich durch, dass der Bund nicht alle Aufwendungen, die er für den Flugverkehr hat, aus diesem Kässeli bezahlen darf. Deshalb bleibt in der Spezialfinanzierung Luftverkehr Geld übrig für Sicherheitsaufgaben, die bislang zu Recht von den Fluggesellschaften bezahlt wurden. Unter dem Strich resultiert somit eine Subventionierung der Luftfahrt auf Kosten der Steuerzahler von rund 20 Mio. Franken pro Jahr. Diese Förderung des Flugverkehrs widerspricht allen Bemühungen zum Klima- und zum Lärmschutz. Die Delegierten der EVP Schweiz haben folgerichtig mit 50 zu 13 Stimmen die Nein-Parole beschlossen.

ruedi.aeschbacher@parl.ch, Nationalrat EVP

GENOSSENSCHAFT
Altersheim im Park

**LEBENSQUALITÄT IN
WOHNLICHER ATMOSPHERE**

Das Haus für Seniorinnen und Senioren
für längere, kürzere Aufenthalte oder Ferien
- einfühlsame Pflege und Begleitung

Altersheim im Park I Weiteustraße 6 I 9215 Schönenberg a. d. Thur
Telefon 071 644 96 96 I info@ah-im-park.ch I www.ah-im-park.ch

 **fh** swiss
hoffnung für die hungrigen

**Nachhaltig schenken: Fr. 20.–
Einen Garten für eine Familie**



www.fhswiss.org

Raiffeisenbank Neukirch-Romanshorn
Hoffnung für die Hungrigen, Egnach
Konto Nr: 46559.03
IBAN: Ch59 813 8000 0046 5590 3

Ihre Unterschrift ist gefragt!

1. Thurgauer Energieinitiativen „Ja zu effizienter und erneuerbarer Energie – natürlich Thurgau“
www.energieinitiativen-tg.ch
2. Thurgauische VI „Faires Wahlsystem für die Grossratswahlen“, lanciert von der BDP (www.bdp-tg.info).
Unser EVP-Kantonsrat Matthias Müller hat zusammen mit KR Anita Dähler CVP am 12.3.08 eine Motion mit derselben Forderung eingereicht, welche circa im Januar 2010 im Grossen Rat behandelt werden dürfte.
Die Volksinitiative ist geeignet, dieser Motion zu mehr Erfolgschancen zu verhelfen.
3. Eidg. VI „Schutz vor Passivrauchen“:
www.evpev.ch, Startseite, rechte Kolonne, unten

4. Eidg. VI „Für den öffentlichen Verkehr“:
www.evpev.ch, Startseite, rechte Kolonne, unten

Wir freuen uns auf zahlreiche Unterschriften! Unterschriftenbogen können im Internet heruntergeladen oder in unserem Sekretariat bestellt werden:

Antonia Alberts
Pestalozzistr. 8, 8590 Romanshorn
antonia.alberts@evp-thurgau.ch

Auf dem Sekretariat kann auch die aktualisierte Fassung der Broschüre „Unserer Wirtschaft geht das Benzin aus“ von Josef Jenny bestellt werden. (rs)

Parolen EVP TG/CH für den 29.11.09

Neue Bezirke u. Strafprozessordnung: JA
Verbot von Minaretten: NEIN
Verbot Kriegsmaterialexporte: FREIGABE
Spezialfinanzierung Luftverkehr: NEIN

Termine 2009/2010

- 13.11. 19:30 Stamm zum Thema Gesundheitspolitik: Frage- und Diskussionsrunde, mit Dr. med. Roman Buff, Rest. Schiff, Romanshorn
- 21.11. DV EVP CH in Riehen BL
- 12.12. 17:00 Waldweihnacht Bezirk Bischofszell, Infos: 071 422 65 14
- 8.1. Neujahrsapéro, Einladung folgt (www.evp-thurgau.ch)
- 20.1. 19:30 DV EVP Thurgau
- 26.2. 19:30 Stamm, Rest. Bellevue, Arbon: Abstimmung vom 73.10

Impressum

Herausgeber
EVP Kanton Thurgau, www.evp-thurgau.ch

Redaktionsadresse / Inserate
Regula Streckeisen, Amriswilerstr. 20,
8590 Romanshorn,
redaktion@evp-thurgau.ch

Redaktionsteam
Jörg Altorfer (ja), Doris Günther (dg),
Esther Koch (ek), Thomas Schäfli (ts),
Regula Streckeisen (rs)

Abonnement 15 Franken pro Jahr

Adressänderungen
EVP Schweiz, Postfach 7334, 8023 Zürich,
044 272 71 00, werner.rieder@evppev.ch

Auflage 2'800 Exemplare
Geht an die Mitglieder und an die SympathisantInnen der EVP Thurgau.

Erscheinungsweise vierteljährlich

Druck Jordi AG, 3123 Belp

Feedback:

Die EVP interessiert mich

- Senden Sie mir Unterlagen.
- Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.

Das EVP-Info interessiert mich nicht

- Streichen Sie meine Adresse:

Name _____
Vorname _____
Adresse _____
PLZ Ort _____
Tel. _____
Mail _____

Folgende Person interessiert sich für das EVP-Info

- Senden Sie ihr das EVP-Info zu:

Name _____
Vorname _____
Adresse _____
PLZ Ort _____

Bitte kreuzen Sie Ihren Wunsch an und schicken Sie den Talon an die Redaktionsadresse im Impressum.



Adressberichtigung
bitte melden

AZB
9220 Bischofszell